

liegt ein Hauptproblem im Umstand, dass die durch die Chat-Affäre publik gewordene Sidelletter-Problematik nie wirklich aufgearbeitet worden ist. Hier wäre ein konsequenter Durchgriff erforderlich gewesen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in Guðmundur Andri Ástráðsson gegen Island, Urteil vom 12. März 2019, deutlich zum Ausdruck gebracht, dass solche Besetzungen den Rechtsstaat untergraben und damit inakzeptabel sind. Hier wären auf höchster Ebene entsprechende Maßnahmen zu setzen.

#### Klarheit schaffen wäre nötig

Klarheit zu schaffen wäre im „Wildwuchs“ der Sonderwege zur Professur, die § 99 nach Meinung einiger Universitäten zu eröffnen schien, dringend geboten. Laufend neu ausgeschriebene § 99-Professuren, die laut Gesetz gar nicht „verlängert“ werden dürften, „kompetitive Verfahren“ unter Ausschluss von Konkurrenz, „Praktikerprofessoren“ ohne Habilitation, die dann über andere Habilitierte urteilen: Das sind nur ein paar Blüten dieses absoluten einzigartigen österreichischen Systems. Aber auch die Auswahlverfahren für Richter würden durch mehr Transparenz profitieren. International üblich wäre dabei die Einbeziehung von Rechtsprofessoren in den Auswahlkommissionen.

Absolut unerlässlich ist die Schaffung eines geeigneten Rechtsschutzes, sowohl im Justiz als auch im Universitätsbereich. Während dies für den Universitätsbereich auf der Grundlage der Bestimmungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in Verbindung mit Art. 47 der Grundrechte-Charta zwingend geboten ist, ist ein solcher Rechtsschutz auch im Bereich der Justiz auf der Grundlage des Rechtsstaatslichkeitsprinzips erforderlich. Die gegenwärtig anhängigen Beschwerden sind auf Grundlage des österreichischen nationalen Rechts wohl aussichtslos: Aber das österreichische Recht ist unionsrechtskonform auszulegen und erforderlichenfalls sind diese Fragen dem EuGH vorzulegen!

#### DER AUTOR:



**Dr. Peter Hilpold** (\* 1965) studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre. Seit 2001 ist er Professor für Völker-, Europa- und Vergleichendes Öffentliches Recht an der Uni Innsbruck und lehrte auch an anderen Universitäten. Er ist Autor von über 300 wissenschaftlichen Publikationen.

[Beigestellt]

Zu guter Letzt noch ein paar Worte zur aktuellen Neutralitätsdiskussion in Österreich. Der Autor dieser Zeilen ist letzthin eingeladen worden, an der einschlägigen Schweizer Diskussion teilzunehmen. Diese Diskussion wird in der Schweiz sehr hart geführt, aber gleichzeitig auf sehr hohem wissenschaftlichem Niveau, unter couragierter Beteiligung von Schweizer Experten – durchwegs Wissenschaftler von internationalem Rang.

#### Diskutieren über Neutralität

Genau eine solche umfassende wissenschaftliche und politische Diskussion muss man gegenwärtig in Österreich (anders als in der Vergangenheit!) vermissen. Dass eine solche Beschäftigung mit der Neutralität nicht einfach ist und politisch in einem ersten Moment wenig bringt, mag zutreffen. Man möge aber erneut auf die Schweiz blicken: Dort scheint nun ein Stimmungswandel in der Bevölkerung einzutreten. Es ist eine Bereitschaft festzustellen, offen über die Zukunft der Neutralität zu sprechen. Eine konsequente wissenschaftliche Diskussion hat dazu sicher einen gewichtigen Beitrag geleistet.

Wären wir in Österreich bereit, den Mut für Vergleichbares aufzubringen? Ist die Kraft dafür vorhanden? Oder braucht es tatsächlich den Bundespräsidenten, der hier eingreifen muss?

Über die lokalen Konflikte scheint der Blick für das größere Ganze verloren zu gehen. Das kann und das soll nicht mit „Universitätsautonomie“ gemeint sein. Das UG kann nicht nach Belieben ausgelegt werden, ohne wirksame Kontrolle über grundlegende rechtsstaatliche und unionsrechtliche Grundsätze. Letztlich müssen wir uns – gerade in einem kleinen Staat wie Österreich – der Interdependenzen bewusst werden.

#### Schweigen der Wissenschaft

Gibt es vielleicht einen Zusammenhang zwischen universitären Sonderwegen zur Professur, Adpersonam-Berufungen von Leuten mit minimalem wissenschaftlichem Impact, „kompetitiven Verfahren“ unter Ausschluss von Konkurrenz, „Praktikerprofessoren“, die über Wissenschaftler urteilen, dem Ausschluss eines an und für sich unionsrechtlich gebotenen Zugangs zu einem Gericht bei Besetzungsverfahren, der Nichtanwendung von Unionsrecht und der Propagierung von Völkerrechtsnormen, die völkerrechtlich nicht mehr zu begründen sind, bei gleichzeitigem weitgehendem Schweigen der Wissenschaft?

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANNA GOLDENBERG



# Die Generation Z will sich nicht kaputt machen

Geht es um die wandelnde Arbeitswelt, fallen die immer gleichen Argumente. Was haben sie mit Solidarität zu tun?

**W**ir machen uns nicht mehr kaputt“, betitelte der „Spiegel“ vor einigen Tagen seine Coverstory über die Generation Z. Umweltbewusst, aber auch verwöhnt; arbeitsunwillig, aber auch aktivistisch – viel wurde schon über jene Menschen gesagt, die zwischen 1995 und 2012 auf die Welt kamen, nun nach und nach auf den Arbeitsmarkt strömen und diesen ordentlich aufrütteln.

„Warum die Generation Z anders arbeiten will – und damit jetzt alle ansteckt“ ist deshalb der Untertitel der Story. Der „Spiegel“ kommt zu dem Schluss, dass vom veränderten Zugang zur Arbeit alle profitieren können. Die Workaholic-Kultur, die die Jungen ablehnen, ist schließlich ungesund und nicht immer produktiv. Erkenntnis, die alles andere als neu sind. Umso überraschender, dass sie dennoch auf einigen Widerspruch stoßen; vor allem in den sozialen Medien werden die immer gleichen Debatten geführt. Zeit, die wichtigsten Argumente ein für alle Mal zu klären.

Die jungen Menschen wollen weniger arbeiten. Sie wünschen sich Work-Life-Balance, eine Viertageweche oder überhaupt nur eine Teilzeitanstellung. Das geht so manchen gegen den Strich, es sei unsolidarisch. Die halbwegs Vernünftigen bringen dafür ökonomische Argumente: Der Wohlstand wächst nicht von allein, gewisse Berufe brauchen Anwesenheit, und die Pensionen der Babyboomer müssen bezahlt werden. Was natürlich ein valider Punkt ist. Doch erstens führt geringere Arbeitszeit nicht automatisch zu geringer Produktivität; das Gegenteil ist sogar in einigen Branchen der Fall. Zudem sind die Menschen weniger krank und belasten somit das Sozialsystem weniger.

Zweitens leiden Sparten wie die Pflege und Lehrerinnen und Lehrer ohnehin seit Jahren an einem Fachkräftemangel. Eine Arbeitszeitreduktion wäre eine Investition, die sich ein Wohlfahrtsstaat leisten sollte, um manche Berufe attraktiver zu machen und die Versorgung der Bevölkerung mit diesen wichtigen Dienstleistungen zu garantieren.

Drittens würde die Gen Z selbst mit 50-Stunden-Wochen das demografische Loch, dass die geburtenstarken Boomer hinterlassen, nicht stopfen können. Dann gibt es jene, die ideologisch argumentieren: „Arbeit ist kein Ponyhof“, sagte die frühere deutsche Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) über die angeblich fehlende Arbeitsmoral der Gen Z. Den jungen Menschen ginge es „zu gut“, deshalb fehle ihnen der „Biss“, so Bernd Freier, der Gründer der Modemarke S.Oliver, im aktuellen „Spiegel“. Er legte nach: „Urlaub kann ich noch machen, wenn ich nicht mehr auf diesem Planeten bin.“ Wie der Spuk funktionieren soll, ließ er offen.

Doch die Botschaft ist klar: Generationensolidarität bedeutet für diese Fraktion, dass man genauso viel aushalten muss wie die Älteren, auch wenn es nicht mehr notwendig ist. Als hätten die vorigen Generationen nicht ebenso vorwiegend für das eigene Fortkommen hart gearbeitet, weniger aus einem tiefen Pflichtbewusstsein gegenüber der Arbeit als solcher, das nun von den Jüngeren erwartet wird. Und als hätten sich die Rahmenbedingungen nicht völlig verändert – mehr Krisen und Unsicherheit vor allem durch die Klimakrise, aber auch mehr Auswahl und Freiheit, weil sich die Unternehmen wegen der demografischen Veränderungen mehr um Mitarbeiter bemühen müssen.

**S**ind alle anderen Argumente erschöpft, greifen Kritiker gern zu ihrer letzten Waffe – und tun die Debatte um bessere Arbeitsbedingungen als abgehoben und privilegiert ab. Es betreffe ohnehin nur die Kinder der Wohlhabenden und jene, die in gehobenen Berufen arbeiten, bei denen Flexibilität möglich ist. Abgesehen davon, dass es kaum Belege für diese Behauptung gibt, könnte man auch einfach die Perspektive wechseln und das Positive daran sehen: Hier gehen jene voran, die weniger zu verlieren haben, die es sich leisten können, den Mund aufzumachen. Man nennt es auch Solidarität.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zur Autorin:** Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Paul Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt hier im 14-Tage-Rhythmus abwechselnd mit dem Journalisten Thomas Weber.

will. Mit nobler Zurückhaltung gewinnt man keine Wahlen und macht man auch keine oppositionelle Arbeit. Ob Doskozil oder Babler, es gäbe durchaus auch sonst noch gute, fähige Leute, es hatten sich ja ursprünglich sogar 70 beworben.

Und da gibt es die kommunistische und marxistische Ideologie, die manchen sauer aufstößt, natürlich auch zu Recht, aber gemeint wird das alles völlig anders sein, als Geschichtskundige dies kritisieren. Der Kampf gegen das Establishment, gegen die Schere, die in der Gesellschaft immer mehr aufgeht, dagegen sollte eine Ideologie halten und wirken, die die Mittelschicht und die Armen im Fokus hat und nach oben hin die Bremse zieht. Die FPÖ zu wählen ist sicher nicht die Lösung, denn auch eine rechte radikale Ideologie hat noch nie den Menschen gedient, es wäre der absolute Wahnsinn. Beispiele gibt es genug von Despoten weltweit, die ihr Volk ins Chaos stürzen.

Irene Hoffer, Gmunden

## Dekorativer Teil einer großartigen Inszenierung

„Kaum zu sehen von den ‚billigen Plätzen‘“, LB von Reinhard Schachermeier, 27. 5.

Sie können Herrn Schachermeier beruhigen, der sich im Leserbrief beschwert, dass er von seinem billigen Platz in der Oper die Videos im faszinierenden Bühnenbild zu „Les Dialogues des Carmelites“ nicht sehen konnte. Ich saß diesmal auf einem Idealplatz mit voller Sicht und bekam von den Bildern auch nur Farbkleckse mit, weil die gesamte Performance so packend war, dass ich mich lediglich auf die Sängerinnen konzentrieren konnte. Ich habe beschlossen, noch einmal, aber ins Stehparterre, zu gehen, um vielleicht dann auch diesem dekorativen Teil der insgesamt großartigen Inszenierung Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Dauerbelästigung mit Video, „kunst“, die vom Wesentlichen, der Oper, ablenkt, geht mir schon lang auf die Nerven, weil es mir als Nicht-Kinogeherin und

Kaum-Fernseherin nicht möglich ist, Musik, Text, Darstellung der Handlung und auch noch einen Film parallel dazu aufzunehmen. Hanna Halenka, Bad Fischau

## Ökonomen befragen

„Die Teilzeitdebatte krankt“, GK von Rudolf Götz, Jürgen Pucher und Annika Schönauer, 31. 5. Götz, Pucher und Schönauer konzentrieren sich in ihrem Gastbeitrag auf unfreiwillige Teilzeitarbeit. Und man gewinnt den Eindruck, dass fast niemand freiwillig in Teilzeit arbeiten will. Weil die Menschen schon krank sind oder die Arbeitsplätze sie krank machen. Mir fehlen dazu die Zahlen, über die diese Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hoffentlich verfügen und die ich gern sehen möchte. Natürlich ist es erstrebenswert, in einem gesunden Umfeld möglichst stressfrei zu arbeiten, aber ehrlicherweise muss man dazu sagen, dass das Geld kostet. Mehr Personal in der Gastronomie oder im Gesundheitssystem zum

Beispiel. Und um das Gesundheitssystem weiter finanzieren zu können, werden die Teilzeitarbeitenden dieselben Beträge ins System einzahlen müssen wie die Vollzeitarbeitenden. Das kümmert Soziologen und Politikwissenschaftler vielleicht weniger, aber man könnte dazu Volkswirtschaftler und Ökonomen befragen. Mir sagt mein Hausverstand, dass sich da etwas nicht ausgehen wird. Dr. Reinhard Kürsten, 1010 Wien

## Erst dann verdient diese Steuer ihren Namen

„Ob sich dafür eine Zweidrittelmehrheit findet?“, LB von Wolfgang Dorten, 22. 5. Ergänzend zum interessanten LB zum Artikel „Was bringt eine Millionärssteuer?“, in dem mit Verweis auf § 1 Abs 1 des Endbesteuerungsgesetzes auf die Abgeltung der Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern hingewiesen wird, sei erwähnt, dass es sich bei der KESt in der derzeitigen Konstruktion schon jetzt um eine in-

härente Vermögenssteuer handelt. Man darf gespannt sein, wie lang es dauern wird, bis man hier analoge Überlegungen anstellt wie bei der Entschärfung der kalten Progression und die Inflationsraten miterücksichtigt. Es wird Zeit, dass man auch diesen Euphemismus entsprechend entschärft und erst ab dem wirklichen Ertrag über der Geldentwertung besteuert. Erst dann verdient diese Steuer ihren Namen als Kapitalertragsteuer. DI Gerald Neukirchen, 1100 Wien

#### IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
**Twitter:** @media\_wall  
**Online:** Stefanie Kompatscher  
**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)  
**Redaktion Leserbriefe:** Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)  
**Debatte Online:** [diepresse.com/meinung](http://diepresse.com/meinung)  
**Debattenbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
**Leserbriefe:** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

**Am Samstag in „Quergeschrieben“:** Anneliese Rohrer